

1 | 2023 Deutschland, Autor:in Suyheang Kry

Feministische Entwicklungspolitik: “Niemand darf zurückgelassen werden“



Eine gleichberechtigte Welt kann nur gemeinsam erreicht werden. Leadership-Workshop von Women Peace Makers © Women Peace Makers

*Deutschland/Südostasien/Kambodscha: Aktivist*innen aus dem Globalen Süden haben konkrete Erwartungen an die neue feministische Strategie der Bundesregierung.*

Im März 2023 präsentierten Außenministerin Annalena Baerbock und Entwicklungsministerin Svenja Schulze gemeinsam ihre lang angekündigten Strategiepapiere zur [Feministischen Entwicklungspolitik](#) und zur [Feministischen Außenpolitik](#). [Diese sehen die Ursachen von Ungleichheiten, Marginalisierung und Menschenrechtsverletzungen in patriarchalen Machtstrukturen, die zu instabilen Gesellschaften, Krisen und Konflikten führten.](#) Die Resonanz der deutschen Zivilgesellschaft und Presse waren grundsätzlich positiv: Viele lobten den Ansatz und bescheinigten der neuen Ausrichtung großes Potential. Kritisch stellten sie aber auch fest, dass die beiden Papiere viele offene Fragen beinhalteten und unkonkret seien.

Das Bündnis *Internationale Advocacy Netzwerke* (IAN), in dem sich die *Stiftung Asienhaus* engagiert, diskutierte bei einem [Parlamentarisches Frühstück mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages](#) über Erwartungen der Zivilgesellschaft an die neue feministische Entwicklungspolitik. Bei der Veranstaltung am 2. März 2023 nahmen Partnerinnen aus dem Tschad, Kolumbien und Kambodscha teil. Suyheang „Heang“ Kry, Leiterin der kambodschanischen Organisation *Women Peace Makers*, arbeitet seit Jahren zu Gendergerechtigkeit. Sie schildert in diesem Beitrag, was eine Feministische Außen- und Entwicklungspolitik beinhalten sollte – und was nicht.

Was sollte eine Feministische Außen- und Entwicklungspolitik Deutschlands beinhalten? Erstens erwarten wir, dass sie den feministischen Prinzipien des Abbaus von Ungerechtigkeit, Herrschaft und Machtstrukturen gerecht wird. Die Gleichheit aller muss gewährleistet werden, insbesondere indem man sich auf Intersektionalität fokussiert. Das heißt, sie sollte nicht nur Frauen und Mädchen im Allgemeinen betrachten, sondern auch die intersektionalen Identitäten, die Marginalisierung ganz besonders bedingen. Das schließt ethnische Zugehörigkeit, Religion, sexuelle Orientierung und Behinderungen ein. Die geplanten Richtlinien müssen sicherstellen, dass wir niemanden zurücklassen.

Wir hoffen, dass die derzeitige Außenpolitik Deutschlands gründlich daraufhin überprüft wird, ob sie diesen feministischen Prinzipien gerecht wird. Es sollen nicht nur die bilateralen Beziehungen zwischen Ländern im 'Top-down'-Charakter gefördert werden, sondern auch ein Fokus auf dem Wohlergehen und der Sicherheit der Menschen liegen. Menschenrechte und menschliche Sicherheit sollten kein handelbares



Corona stellte alle zivilgesellschaftlichen Organisationen vor große Herausforderungen, unflexible bürokratische Regeln auch. © Women Peace Makers

Faustpfand bei bilateralen Verhandlungen sein, die Transparenz, Rechenschaftspflichten und Menschenrechtsverpflichtungen der beteiligten Regierungen verlangen.

Zweitens: Um feministische Grundsätze tatsächlich umsetzen zu können, müssen die von Frauen geführten lokalen Organisationen im Gender- und Rechtsbereich gestärkt und unterstützt werden. Dies kann durch einen Paradigmenwechsel zur Förderung des 'Local-Turn'-Ansatzes und durch den Abbau des bürokratischen 'Top-down'-Charakters der Finanzierungsströme erreicht werden, indem andere wirksame Maßnahmen gefunden werden, die sowohl die Rechenschaftspflicht und Stärkung als auch die Nachhaltigkeit der lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen gewährleisten. Wenn wir in Kambodscha über den 'Local-Turn'-Ansatz sprechen, geht es vor allem darum, dass die Menschen in den Ländern die besten Ressourcen sind, um Probleme vor Ort anzugehen. Gleichzeitig sollten sie auch diejenigen sein, die den Wandel im Lande gestalten und vorantreiben.

Drittens erwarten wir, dass die Richtlinie für die Entwicklungszusammenarbeit konkrete Maßnahmen enthält, die durch Dialog, Informationsaustausch und Rückmeldungen vor Ort und

von den wichtigsten Interessenvertreter*innen geprägt werden, um anhaltende und zunehmende Ungerechtigkeiten und Rechtsverletzungen anzugehen.

Unflexible Projektformate überfordern lokale Organisationen



Das Bündnis Internationale Advocacy Netzwerke (IAN) diskutierte Erwartungen zur feministischen Entwicklungspolitik in einem Parlamentarischen Frühstück mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Suyheang Kry, Autorin dieses Beitrages, diskutierte mit. © Birgit Felleisen, Nepal-Dialogforum

Was die Finanzierungsstrukturen anbelangt, so verstehen wir die Sichtweise der Geldgeber und ihre Forderungen nach Transparenz und Integrität. Es steht außer Frage, dass wir diesen auch nachkommen wollen. Als Feministinnen wollen wir in unserer Arbeit und in der Art und Weise, wie wir mit anderen zusammenarbeiten, keine unüberschaubaren Strukturen reproduzieren.

Im Moment fließt der größte Teil der Gelder noch an zwischengeschaltete oder internationale Organisationen. Sie fließen zum Beispiel über internationale

Mittlerinstitutionen und kommen erst anschließend als Finanzierungsmittel auf lokaler Ebene an. Es gibt so viele Richtlinien, Regeln und Angaben, die wir respektieren und einhalten müssen. Aber auf unserer Arbeitsebene wird so viel Flexibilität benötigt, zum Beispiel bedingt durch das Schrumpfen des zivilen Raumes oder wenn etwas Unvorhergesehenes passiert. Dann müssen Dinge schnell geändert werden, was aber die derzeitigen Projektformate nicht ermöglichen. Letztendlich führt dies zu einer Menge an Verwaltungsarbeit und setzt lokale Organisationen unter Druck, da es an personellen Ressourcen fehlt.

Viele Mitarbeiter*innen in unseren lokalen Organisationen sind Praktikant*innen und Freiwillige. Angesichts der starren bürokratischen Strukturen ist es für feministische Organisationen wirklich schwierig, effizient und flexibel zu arbeiten. Wir hoffen, dass es einen alternativen Weg gibt, wie dieser Finanzierungsfluss gestaltet werden kann, so dass die lokalen Organisationen als echte Partner*innen in gleichberechtigten Diskussionen angesehen werden und ein Weg gefunden wird, Probleme vor Ort anzugehen. Wir sind der Meinung, dass es dabei gemeinsamen Dialog und Austausch geben soll. Solange wir das Ziel verfolgen, die 'Top-Down'-Machtstrukturen aufzubrechen und uns gegenseitig als gleichberechtigte Partner*innen zu sehen, können wir diese Strukturen wirklich verändern.

Der Vorwurf der 'Verwestlichung'

In Kambodscha wird ein Begriff wie 'gender' als westlich angesehen. Wenn wir über Gleichberechtigung sprechen, ist es absolut essenziell, sich bewusst zu machen, dass es vor allem um die bestehenden Machtstrukturen und Machtkämpfe geht. Menschen in Machtpositionen möchten diese aufrechterhalten. Für uns ist diese Argumentationsstrategie also nicht von Bedeutung. Wir alle wollen Gleichberechtigung – unabhängig davon, wer wir sind, welche sexuelle Identität wir haben und welcher ethnischen Zugehörigkeit wir angehören – es ist universell. Begriffe wie 'Menschenrechte' oder 'gender' führen alle zur Gleichheit und

können für unterdrückte Menschen wichtig sein. Diejenigen, die unter dem mangelnden Bewusstsein für diese Begriffe leiden – zum Beispiel Staatenlose – werden das sicher auch so sehen.

Wenn wir uns die Geschichte des Feminismus ansehen, dann kommt dies natürlich aus dem Westen. In Kambodscha haben wir immer noch damit zu kämpfen, Mädchen zur Schule zu schicken. Also: Obwohl das Konzept aus dem Westen kommt, ist es elementar, wenn wir Gleichheit erreichen und Machtstrukturen abbauen wollen. Im Moment ist der intersektionale Ansatz am wichtigsten. Er soll helfen, unser Gegenüber als gleichberechtigte Partner*innen mit gleichrangiger Stellung und Macht wahrzunehmen.

Nötig sind Einfühlungsvermögen und die Überwindung von Verallgemeinerungen

Aber wie können wir diese Dinge vermitteln und das Bewusstsein dafür schärfen? Wir glauben, dass die menschliche Perspektive der Schlüssel ist. Die Vermittlung von Einfühlungsvermögen und die Überwindung von Verallgemeinerungen erfolgt durch eine sehr einfache, von Mensch zu Mensch geprägte Sprache. In Workshops wird bei Fragen wie "Können Sie sich ihre Geburt, ihre ethnische Zugehörigkeit oder ihr Geschlecht aussuchen?" erkannt, dass niemand geboren werden will, um von anderen unterdrückt zu



Workshops der kambodschanische Organisation Women Peace Makers sind durchweg intersektional ausgerichtet. © Women Peace Makers

werden. Sobald wir erkennen, dass wir unterdrückt werden, streben wir nach mehr – nach Gleichheit und Freiheit. Wenn wir sagen, der Feminismus sei westlich, dann sagen wir auch, dass Menschenrechte ein westliches Konzept seien.

Es ist absolut notwendig, Männer einzubeziehen. Auch Männer sind Opfer des patriarchalen Systems und von diesem und seiner Kultur ständig unter Druck gesetzt. Um ihnen zu helfen, ein Verständnis für toxische Männlichkeit und den Weg dieser Transformation zu entwickeln, müssen wir mit Männern als unsere Verbündete arbeiten. Aber nicht nur Männer, sondern auch Frauen, die im aktuellen System mächtige Positionen innehaben, müssen berücksichtigt werden. Auch sie müssen sich fragen, wie sie mit ihren Privilegien umgehen und ob sie andere Personen im Alltag, nicht nur in der Politik, unterdrücken. Letztendlich hoffen wir, dass immer mehr Männer sich ihrer eigenen Privilegien bewusst werden und sie hinterfragen. Damit können wir alle gemeinsam auf eine gleichberechtigte Welt hinarbeiten, in der jede*r unabhängig von Fähigkeiten und Identität sein bzw. ihr volles Potenzial ausschöpfen und frei von Gewalt leben kann.

Übersetzung aus dem Englischen: Kathrin Sommerfeld